

Zeitschrift: Regio Basiliensis : Basler Zeitschrift für Geographie

Herausgeber: Geographisch-Ethnologische Gesellschaft Basel ; Geographisches Institut der Universität Basel

Band: 52 (2011)

Heft: 2

Rubrik: Neues aus der Regio

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dieter M. Opferkuch

Regio

Informative Karten

1998 schuf die Oberrheinkonferenz das Geographische Informationssystem für den Oberrheinraum (GISOR) als Informationsplattform und gemeinsame grenzüberschreitende geographische Datenbank mit dem Ziel, eine gemeinsame Vision zur Planung des Oberrhein-gebiets zu fördern und zu gewährleisten, Grundlagenmaterial für die grenzüberschrei-tende Arbeit zusammenzustellen und nutzergerecht aufzubereiten. So entstanden wertvolle Dokumente und äusserst aufschlussreiche Kar-ten zu den Themen: Allgemeines (7 Karten), Umwelt (11), Transport (16), Flächennutzung (13), Statistik (19), Gesundheit (20), Tourismus (11) und Sonstiges (18 Dokumente).

(http://sigrs-gisor.org/index_DE.html)

Früher Sommerbeginn

Januar bis April 2011 waren in der Region extrem niederschlagsarme Monate. Seit Beginn der Messreihe 1755 gilt der April 2011 nach je-nem von 2007 als zweitwärmster Frühlingsmo-nat der Region mit 13.4 °C Durchschnittstem-peratur in Basel-Binningen, einem Monatsma-ximum von 26.2 °C und einem Wärmeüber-schuss von 4.2 °C. Die Regenmenge von 20.1 l/m² entsprach einem Drittel des Normalen. (<http://www.meteodreiland.ch/monatsrueckblick/monatsrueckblick/41-der-april-2011-in-der-region-basel>)

Bürgerforum Oberrhein

Nach ähnlichen Veranstaltungen in Stras-bourg (Oktober 2010) und Karlsruhe (Januar 2011) fanden sich im Mai 2011 in Basel 80 Bürg-erinnen und Bürger der Trinationalen Metro-polregion Oberrhein (TMO) zum Gedanken-austausch zusammen, um sich am Aufbau eines Netzwerks zu beteiligen und Visionen sowie

konkrete Ideen zur Gestaltung des gemeinsa-men Lebensraums zu äussern und zu diskutie-ren. Um die 100 Ideen wurden registriert, sie sollen nun in den Gremien der TMO ausgewer-tet werden.

Infobest

Infobest bezog laut BZ im Jahr 2010 umge-baute und modernisierte Räume am alten Stand-ort bei der Palmrainbrücke und verzeichnete mit 6'711 Anfragen einen neuen Rekord. Im Zen-trum standen einmal mehr Fragen zum ganzen Spektrum vom Arbeitsrecht bis zur Sozialversi-cherung bei Arbeiten im Nachbarland, neu auch zur Rentenbesteuerung. Seit Eröffnung der In-stitution 1993 beantwortete Infobest 67'802 Fragen. Für die Zukunft sollen neue Koopera-tionsfelder ausgelotet werden, zudem dürfte orga-nisationsmässig eine Annäherung an den TEB näher rücken.

Kautionspflicht

Um zu verhindern, dass nach Aufhebung der Freizügigkeitseinschränkungen per Mai 2011 schweizerische und ausländische Firmen EU-Billigsthandwerker aus Osteuropa in der Schweiz zu Dumpinglöhnen einstellen, wurde per 1.8.2011 in- und ausländischen Firmen der Branchen des Ausbaugewerbes der Kantone BS, BL und SO im GAV vorgeschrieben, dass vor Arbeitsbeginn je nach Auftrag eine Kautio-n von bis zu CHF 20'000 zu hinterlegen sei. Das Thema war im Rat des Eurodistricts schon ein-mal hitzig diskutiert und kritisiert worden, aller-dings auf der Basis, dass der Kanton BL die ent-sprechende Massnahme ausschliesslich für aus-ländische Unternehmen vorgesehen hatte.

Faktor-5-Preis

Der Verein sun21 verlieh wiederum zwei Umweltpreise von je CHF 5000, die vom Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt, den IWB, Stokar Partner und der BaZ ermöglicht wurden. Der Preis der Fachjury wurde dem Projekt Stadtquartier Niederfeldplatz in Lörrach verlie-

hen für die Errichtung einer klimaneutralen Überbauung von 88 Wohnungen. Den Publikumspreis erhielt die Weleda SA. in Huningue für die nach baubiologisch und energetisch auf hohem Niveau erstellte Kinderkrippe. Als weitere Projekte wurden u. a. angemeldet: vom Ökozentrum Langenbruck ein sehr kleines Elektroauto mit geringem Energieverbrauch, der Biodome in Hegenheim als 1'000 m² grosser Bio-Supermarkt, die Einsparung von 19 % Energie im Produktionsgebäude für Tiergesundheitsprodukte in Huningue von Novartis sowie der Kataster für die Eignung von Dächern für Solaranlagen in Lörrach.

(<http://www.sun21.ch/index.php?id=293&L=0>, BaZ 11.4.11)

EuroAirport (EAP)

Auf dem EAP herrscht eine unklare Rechtslage. 74 Unternehmen beschäftigen auf dem Schweizer Sektor des EAP 5'200 Arbeitskräfte nach schweizerischem Recht. Sollte Frankreich jedoch französisches Arbeitsrecht durchsetzen, das u. a. die 35-Stunden-Woche verlangt und gegenüber schweizerischem Recht schärfere Kündigungsbedingungen aufweist, würden wohl 13 Betriebe den EAP verlassen oder ihre Tätigkeiten einschränken, darunter Easy Jet und Jet Aviation. Der EAP gilt als zweitgrösster Arbeitgeber im Dep. Haut-Rhin, weshalb der Vertreter der Schweizer Firmen auf eine Regelung der Frage bis Ende 2011 setzt, z. B. in Form eines Zusatzes zum Staatsvertrag von 1948.

– Fluglärm: Die Zahl der nächtlichen Flugbewegungen im Jahr 2010 hat gegenüber den beiden Vorjahren leicht zugenommen. 87.5 % von 7'680 Bewegungen betrafen den Norden und damit das Elsass, lediglich 12.5 % oder 964 betrafen in den 365 Tagen des Jahres den Süden und damit die Schweizer Gemeinden. Zeitlich dominiert die Stunde von 22 bis 23 Uhr mit 57 % der nächtlichen Bewegungen – vor allem Landungen –, 26.7 % sind es von 23 bis 24 Uhr und 16 % beeinträchtigen die Nachtruhe von 5 bis 6 Uhr am Morgen.

Altrhein

Seit dem Bau von vier Wasserkraftwerken im Rheinseitenkanal war der Altrhein von Kembs an nur noch schwach durchflossen. Dies bedeutete, dass der Fluss keine Kies- und Sandbänke mehr aufschütten und somit keine Veränderung des Lebensraums von Pflanzen und Tieren erzeugen konnte. Auf 43.5 km zwischen Weil a. Rh. und Breisach sollen nun im Rahmen eines Interreg-Projekts zwischen 2009–2012 Massnahmen studiert und dann ergriffen werden, um neue Voraussetzungen für grössere Biodiversität im Altrhein zu schaffen. Im Rahmen der Studien wurden 2010 25'000 m³ Kies ins Flussbett des Altrheins geschüttet, wobei 1'500 Kieselsteine unterschiedlicher Grösse mit einem elektronischen Sensor versehen wurden, so dass man deren Lageveränderung bis 2012 jederzeit orten kann, bei Hochwasser möglicherweise bis 2015. Gemäss dem neuen bis 2035 geltenden Vertrag muss die Electricité de France einerseits die Restwassermenge auf 52 m³ im Winter und ca. 150 m³/s im Sommer erhöhen und zugleich an ausgesuchten Orten Uferbefestigungen entfernen, so dass bei Hochwasser der Altrhein die Böschung erodieren und damit Geschiebematerial gewinnen und transportieren kann. Im Übrigen errichtet die EdF im Stauwehr bei Märkt ein Kleinkraftwerk mit Fischtreppe.

NW-Schweiz

Fusionen?

Im aargauischen Fricktal fusionierten die Gemeinden Etzgen, Hottwil, Oberhofen, Mettau und Wil zur Gemeinde Mettauertal; Kaisern und Ittental fusionierten, Laufenburg und Sulz, Stein, Wallbach, Schupfart, Mumpf und Obermumpf erwogen eine Fusion, Wallbach trat jedoch unlängst vom Plan zurück. Fusionen im Aargau können nach einem kürzlich erfolgten Volksentscheid nur zustande kommen, wenn sie von den betreffenden Gemeinden gewünscht werden. Dabei erhalten die betroffenen Gemeinden einen Startbeitrag von CHF 400'000 pro Gemeinde und während acht Jahren einen konstanten Finanzausgleichbetrag. –

Recherchen der BaZ ergaben, dass in Baselland im ersten Jahrzehnt des 21. Jhs. zahlreiche themenbezogene Gemeindekooperationen zustande kamen, möglicherweise aber im 2. Jahrzehnt das Thema Fusionen an Bedeutung gewinnen könnte. Dabei unterscheiden sich die Meinungen von Gemeindepräsidenten je nach Region sehr stark: Der Gemeindepräsident von Arboldswil sieht die Notwendigkeit von Fusionen wachsen, weil Zweckverbände einen Demokratieverlust beinhalteten, die Zahl von durch die Gemeinden zu lösenden Aufgaben würde, zunehmend teures hochqualifiziertes Personal eingestellt werden müsse und die vom Finanzausgleich her gesehenen Gebergemeinden auf die Nehmergegemeinden Druck ausüben könnten. So könnte er sich dereinst eine Fusion von Gemeinden im Hinteren Frenkental von Bubendorf bis Bretzwil vorstellen. – Im Waldenburgertal habe Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen die Arbeit zwar nicht billiger gemacht, aber qualitativ verbessert. – Der Gemeindepräsident von Nenzlingen im Laufental kann sich aufgrund bisher guter Erfahrungen in der Zusammenarbeit im Laufe der Jahre eine Fusion von Duggingen, Grellingen, Nenzlingen und Blauen vorstellen, jener der Birsecker Gemeinde Reinach, U. Hintermann, moniert, dass eine Fusion die richtige Grösse erzeugen müsse: Eine zu kleine Fusionsgemeinde bringe nichts, eine zu grosse erzeuge einen Wasserkopf. Als speziellen Vorteil einer Fusion nennt er die Tatsache, dass sich durch einen Zusammenschluss viele Probleme, insbesondere auch Raumplanungsfragen viel besser lösen liessen. – In Baselland erteilte der Landrat im Januar den Auftrag, es sie für den hypothetischen Fall einer Kantonsvereinigung zu ermitteln, welche Folgen eine derartige Fusion auf verschiedenen Ebenen nach sich zöge. Im Vorfeld der Erneuerungswahlen des BL-Landrats stellte die BaZ den BL-Parteien die Frage, ob sie sich grundsätzlich eine Fusion mit dem Kanton Basel-Stadt vorstellen könnten. Es stimmten der Frage zu: SP mit 83 %, Grüne mit 83 %, GLP (Grünliberale Partei) mit 71 %, CVP mit 70 %, EVP mit 63 %, FDP mit 38 %, BDP mit 37 %, SD (Schweiz. Demokraten) mit 10 %, SVP mit 3 %. Kommentar: Setzt man diese Zahlen in Be-

ziehung zur Parteistärke, könnte über eine Abstimmung betreffend Zusammenschluss der beiden Kantone vielleicht doch bald wieder einmal nachgedacht werden.

Präsidiumswechsel Regio Basiliensis

Nach 10-jähriger sehr erfolgreicher Tätigkeit zog der bisherige Präsident Dr. Georg Krayer Bilanz. Dabei stellte er fest, dass das Grundkonzept des Vereins weiterhin gelte. Das Bewusstsein, einem grenzüberschreitenden Metropolitanraum anzugehören, sei Allgemeingut geworden und durch die Realisierung von Dutzenden Interregprojekten sei die Regio zusammengewachsen. Als Nachfolgerin wurde Dr. Kathrin Amacker gewählt. Sie bringt Führungserfahrung mit als Beauftragte für Chancengleichheit aus ihrer Zeit bei Ciba-Geigy und Novartis und gegenwärtig als Leiterin der Unternehmenskommunikation bei der Swisscom. Die Entstehung und starke Zerstückelung vieler Organisationen im Regioraum versteht sie als historisch gewachsene Gebilde, möchte jedoch durch klare Mandatierung, sinnvolle Zusammenarbeit und Vernetzung sowie geeignete Organisation eine Bündelung der Kräfte anstreben. Wichtig sei ihr eine bessere Zusammenarbeit zwischen den beiden Basler Halbkantonen. (www.news-aus-baden.de)

Zukunft der Metropolitanregion

Zur Metropolitanregion Basel zählen in der Schweiz: Basel, Baselland, das Fricktal, das Schwarzbubenland, der Bezirk Delémont; in Frankreich das Pays de St. Louis; in Deutschland der Landkreis Lörrach. Gegenwärtig leben in dieser Region 915'000 Einwohner, ein weiteres Wachstum ist zu erwarten. Denkbar ist dies, da im Regioraum der wirtschaftlich bedeutende Life Sciences Sektor mit Pharma, Biotechnologie, Agrochemie und Medizinaltechnik stärker gewachsen ist als jener in den Regionen Paris oder Mailand. Bei all dem Wachstum ist unsere Region für die hier ansässigen Menschen übersichtlich geblieben, dies wird auch von Zuwanderern geschätzt. Um den Ruf einer gewissen Langweiligkeit abzustreifen, sollte nach Ansicht von Chr. Koellreuter die Kreativwirtschaft sich weiter entwickeln und sich Basel per 2020

zu einer “vibrierenden Kleinmetropole” entwickeln. Der genannte Strukturwandel der Industrie wäre ohne Zuzug von Spezialisten aus dem Ausland nicht möglich gewesen. – Kommentar: Der “Angriff auf die Freizügigkeit” (BaZ 24.5.2011) durch die Lancierung einer Volksinitiative der SVP erscheint vor diesem Hintergrund mehr als fragwürdig. Immerhin sei daran erinnert, dass die Schweizer Bevölkerung zwischen 1848 bis 1900 von 2.3 auf 2.9 Mio., also um 26 % angewachsen ist, bei einem gleichzeitigen Zuwachs des Ausländeranteils um 356 % (sic). Von 1900 bis 1970 wuchs die Bevölkerung von 2.3 auf 6.2 Mio., also um 169.5 %, der Ausländeranteil stieg im selben Zeitabschnitt von 0.38 Mio. auf 1 Mio., was eine Zunahme um 161 % bedeutet. Zwischen 1970 und 2010 stieg die Bevölkerungszahl um 23 % auf 7.7 Mio., der Ausländeranteil um 80 % auf 1.9 Mio. Kurz: Das Wachstum der Ausländer war in der Schweiz schon immer ein Thema, und letztlich wäre die Schweiz ohne ausländische Arbeitskräfte nicht dort, wo sie heute steht.

(www.bfs.admin.ch)

Rheinhafen

Im Grunde genommen ist jeder Ort der Welt, der an einem grösseren Wasser liegt, von Basel aus per Schiff erreichbar. Entsprechend dieser Überlegung entschloss sich ABB zum Bau einer Montagehalle auf dem Areal der Firma “Birs Terminal” im Rheinhafen Birsfelden. Hier können aus ganz Europa per Schiff herbeigeführte und bis 80 t schwere Einzelteile zu 300 bis 400 t schweren Maschinen zusammengebaut und diese auf dem Wasserweg nach Rotterdam transportiert werden. Mit dem Ausbau der Binnenschifffahrt wird die Strasse entlastet, dies gilt auch für die 14'000 t Schrott, die in Birsfelden monatlich mit Bahn und Schiff umgeschlagen werden, was 500 Lastwagenfahrten erübriggt und zugleich 2'000 t CO₂-Belastung verhindert. Um die Effizienz des Wasserwegs zu steigern, sucht der Direktor der schweizerischen Rheinhäfen Hadorn nach Lösungen, wie 135 Meter lange Schiffe anstelle der bisherigen 110 Meter langen bis nach Birsfelden fahren könnten. Das grosse Problem dabei ist die geringe Jochhöhe der Mittleren Brücke in Basel.

Schweizerische Rheinhäfen

Laut Statistik von Port of Switzerland wurden in den schweizerischen Rheinhäfen 2010 6.5 Mio. t Güter umgeschlagen, 1.2 % mehr als 2009. 40 % davon entfielen auf Mineralölprodukte, je 12 % auf Metalle, chemische Erzeugnisse sowie Nahrungs- und Futtermittelimporte, 8 % auf Steine und Erden, 3 % auf Maschinen und Fahrzeuge, 2 % auf feste mineralische Brennstoffe. Der Containerverkehr zog nach einem Hoch im Jahr 2007 und Rückgängen in den folgenden beiden Krisenjahren wieder an und erreichte gegenüber 2009 einen Zuwachs von 26.5 %, konkret in Ankunft 45'347 und Abgang 53'701, insgesamt also 99'048 Grosscontainer TEU (Twenty Feet Equivalent Unit). Dies bedeutet gegenüber den im Jahr 1980 umgeschlagenen 822 Containern einen Anstieg um 11'950 % in dreissig Jahren. – Die Anzahl Fahrgäste des internationalen Kabinenschiffsverkehrs nahm zwischen 2009 und 2010 um 23 % zu.

Teure Kantone BS/BL

Eine 2011 veröffentlichte Studie der Credit Suisse zu den verfügbaren Einkommen in der Schweiz zeigt auf, was Beispielhaushaltungen nach Abzug von Fixkosten (Wohnen, Gebühren Wasser, Abwasser, Energie, Abwasser, Abfall und Pendeln) und obligatorischen Abgaben (Steuern, Sozialabgaben, Krankenversicherung) vom Einkommen übrig bleibt. So erfährt man, dass das verfügbare Einkommen in den ländlichen Regionen höher liegt als in Agglomerationsregionen. Im Ranking der 26 Kantone belegen BS Platz 25, BL Platz 23, Jura Platz 15, Aargau Platz 14, Solothurn Platz 12. Platz 1 nimmt Uri ein, Platz 26 Genf, Zürich Platz 22. Generell gilt, dass das Leben innerhalb der Kantone in den ländlichen Regionen deutlich günstiger ist als in jeweiliger Stadtnähe.

(https://marketdata.research.credit-suisse.com/cs/mdr/p/d/qrr/re_search/files/getfiles.do?filename=F110523000978.pdf)

Geothermie

Seit einem Jahr besteht laut bz im Kanton Aargau der “Verein Geothermische Kraftwerke” (VGKA). Er will bis 2020 mittels zweier

Tiefenbohrungen in 4'000 bis 5'000 Meter Tiefe einerseits Strom von einer Leistung von 6 MW und zudem Wärme produzieren. (www.vgka.ch)

Tunnels Nord-Südachse

Der Bundesrat nahm im Juni 2011 eine Motion aus National- und Ständerat entgegen, die den Ausbau der Tunnels auf der Strecke Basel–Chiasso auf vier Meter Eckhöhe verlangt. Der Lötschberg- und der neue Gotthardbasistunnel entsprechen diesen Normen bereits.

Tram und Bus

BVB: Die Busse der Linie 30 zwischen dem Bahnhof SBB und dem Badischen Bahnhof sind in Stosszeiten trotz engem Takt massiv überfüllt. Aus diesem Grund unterstützen die BVB die Traminitiative, die eine neue Tramlinie Bahnhof SBB–Heuwaageviadukt–Petersgraben–Kinderspital–Johanniterbrücke–Feldbergstrasse–Riehenring–Messeplatz–Badischer Bahnhof fordert. – Die BVB bedauern, dass der Grosse Rat die Buslinie 48 vom Bahnhof nach Allschwil aus dem Leistungsauftrag gekippt hat. – Die BVB transportierten 2010 128.7 Mio. Menschen und damit 2.7 Mio. mehr als im Vorjahr. Der Gewinn betrug 0.9 Mio. CHF.
– BLT: Die meistgenutzte Tramlinie 11 beförderte 2010 20.65 Mio. Fahrgäste, 460'000 mehr als im Vorjahr. Die Tramlinie 10 nutzten 2010 15.58 Mio. Menschen, etwas weniger als 2009. Die 60 Busse der BLT beförderten mit 9.57 Mio. Fahrgästen 16 % mehr als 2009. Man erklärt sich dieses Wachstum durch die Einführung der Tangentiallinien zwischen Allschwil–Leimental–Birstal. Die Einnahmen stiegen um 6 %, der Gewinn betrug 3.35 Mio. CHF.

Dreispitz

Laut den Vertretern der Christoph Merian Stiftung, der beiden Basler Regierungen und der Gemeinde Münchenstein soll der von Herzog & de Meuron 2003 entworfene mögliche Wandel des 500'000 m² grossen Dreispitzareals nach klaren Regeln ablaufen, Spielraum für bis anhin unbekannte Anforderungen offen halten, neue Nutzungsformen ermöglichen und zu-

gleich den Charme der Vergangenheit wider spiegeln. Die Bruttogeschoßfläche soll auf 800'000 m² verdoppelt und rund 1'000 Wohnungen für 3'000 Menschen erstellt werden. 10'000 Arbeitsplätze soll der Dreispitz bieten, dabei aber ansässige Betriebe nicht vertreiben und nicht mehr als Ort für Einkaufcenters gelten. Eine Tramlinie soll die Verbindung zur Stadt sicherstellen. Insgesamt rechnet man mit rund 25 Jahren bis zur Verwirklichung dieser Ideen, der politische Prozess hierzu soll aber noch 2011 die ersten verbindlichen Grundlagen legen.

Basel-Stadt

Stiftungsstadt Basel

Basel zählte laut dem Präsidenten des Vereins Stiftungsstadt Basel, H. Furer, über 900 Stiftungen in der Stadt und über 200 in Basel land. In Zürich lebten zwar gleich viele Reiche, jene Stadt weise aber viel weniger Stiftungen auf. Die Basler Stiftungstradition führt H. Furer darauf zurück, dass Basel auf eine lange humanistische Tradition zurück schaue und die Forschung in der ursprünglichen Chemiestadt schon früh nachhaltiges Denken gefördert habe. Nun wolle der Verein im nahen Ausland Basel als Stiftungsstadt positionieren. (www.stiftungsstadt-basel.ch)

Ausstellung "Hier & Dort"

In der 1859 erbauten und 1899 an den heutigen Standort verlegten Güterhalle beim Bahnhof St. Johann zeigt die von über 12 Organisationen ermöglichte Ausstellung wesentliche Ausschnitte aus der Entwicklung Basels seit 1900. Bearbeitet wurden folgende 7 Themenfelder: "Ordnung & Moral", "Planen & Bauen", "Stadt & Grenzen", "Körper & Staat", "Vertraut & Fremd", "Transport & Wege", "Arbeit & Freizeit". Die sehr sehenswerte Ausstellung ist täglich geöffnet und dauert bis 2.10.2011. (www.hier-und-dort.ch)

Bedeutung der Expats

Die Firma Ecos stellt in einer jüngst vorgestellten Studie fest, dass in unserer Region

36'000 Expats leben. Dies sind Menschen mit vorwiegend überdurchschnittlich hoher Ausbildung und guten finanziellen Verhältnissen, die aufgrund ihrer Fähigkeiten meist von einer Firma angeworben werden und mit ihrer Familie in der Region des Arbeitsorts vorübergehend – oder dauerhaft – Wohnsitz nehmen und ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft beibehalten. Konservativ schätzt der Leiter von Ecos, Daniel Wiener, dass mittlerweile 10 % aller Konsum- und Steuerausgaben von Expats stammen. Expats leben in ihrer Firma meist in einer Parallelwelt; für deren Ehepartner und Kinder werde die Integration dann zum Problem, wenn kein direkter Kontakt zu den Menschen und Institutionen des Gastlands bestünde. Wenn diese Art von Immigranten innerhalb der ersten drei Monate ihres Aufenthalts die Sprache des Gastlandes ordentlich verstehen, führe dies zu verbesserter Kommunikation, Sachverhalte liessen sich besser verstehen und Mehrdeutigkeiten vermeiden. (www2.ecos.ch/download/Expats.pdf)

10'000 Wohnungen

Als Folge eines markanten Bevölkerungsrückgangs in den 1990er-Jahren und der nicht zuletzt deswegen organisierten Bürgerbefragung "Werkstadt Basel" (1997–1999) resultierte unter anderem die Forderung nach vermehrtem Wohnungsbau und hieraus das Programm "Logis Bâle", wonach bis 2010 5'000 Wohnungen hätten gebaut werden sollen. Mit 4'500 fertig gestellten Einheiten näherte man sich dem Ziel recht deutlich an. Aufgrund der im neuen Richtplan festgehaltenen übergeordneten Stadtentwicklungsziele wird die Wohnraumstrategie weitergeführt mit der Absicht, in den nächsten 20 Jahren 10'000 neue Wohnungen anzubieten. Wohnen in der Stadt vermindere die Zersiedelung des Umlandes, ermögliche kurze Arbeitswege, Neuüberbauungen könnten auf nicht mehr genutzten Flächen entstehen – z. B. Dreispitzareal –, Gebäude mit schlechter Bausubstanz sollten ersetzt werden, Renovationen bestehender solider Gebäude könnten aber energiemässig durchaus auch sinnvoll sein. Die Regierung beachte sozialpolitische Ziele und wolle durch die Schaffung von Wohngenossen-

schaften resp. Wohnzuschüssen dafür sorgen, dass minderbemittelte Personen in der Stadt zu Wohnraum kommen. Mit dem von den Abstimmenden im Mai 2011 angenommenen Gegenvorschlag zur Initiative 'Erhaltung der Familiengärten' wird es allerdings geraume Zeit dauern, bis die oben genannten Ziele verwirklicht werden können.

Bericht der Regiokommission (RK) des Grossen Rats

Die RK veröffentlichte per 13.4.2011 mit 11:0 Stimmen einen 17-seitigen Überblick zu ihrer Tätigkeit in der ersten Legislaturhälfte 2009–2011 und präsentierte damit ihre Einschätzung zur Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit. Positiv beurteilt werden u. a. die Bestrebung zur Schwerpunktsetzung für die einzelnen Kooperationsräume, die Intensivierung der Aussenbeziehungen und der Interessenvertretung in Bern, die vorgesehene Schaffung einer Metropolitankonferenz als "Dach für die regionalen Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – inklusive Trinationalem Eurodistrict Basel" (TEB). Die Kommission habe die Unterstützung der Internationalen Bauausstellung (IBA) beantragt und eine Auslegeordnung der regionalen Zusammenarbeit mit Gremien wie TEB, Infobest, Regio Basiliensis, Metrobasel erarbeitet. Hierzu beantragt sie vereinfachte Strukturen. Es folgen ferner Berichte über die Aktivitäten des Distriktrats und in diesem Zusammenhang die Feststellung einer unbefriedigenden Zusammenarbeit zwischen dem TEB-Vorstand unter frz. Präsidium und dem Distriktrat. Unter dem Stichwort "Einschätzungen" findet sich die "dringende" Forderung nach "gut funktionierender Kooperationsstruktur". Auf Grund divergierender Interessen der Kantone BL, AG, SO und JU kämen die Belange von BS oft nicht zum Zug, was letztlich die Stellung der NW-schweizerischen Regierungskonferenz in Bern schwäche. Angesichts der Entstehung der Metropolitankonferenzen von Zürich als Kopf von insgesamt 8 Kantonen, von Bern als Hauptstadtregion mit insgesamt 5 Kantonen und dem geplanten Arc Lémanique sei die Schaffung des Gremiums einer "Metropolitankonferenz Ba-

sel” “unabdingbar” – eine entsprechende Dachorganisation solle bis Sommer 2011 vorliegen. Dabei stelle sich das Problem, dass schweizerische sowie elsässische und südbadische Mitglieder eingebunden werden müssten, für Vorstösse in Bern jedoch lediglich Schweizer Beteiligte votieren könnten. Die parlamentarische Zusammenarbeit der Nordwestschweizer Kantone wird als “ungenügend” dargestellt, insbesondere jene mit dem Liestaler Landrat. – Positiv vermerkt werden die seit 2007 im Rahmen des TEB erfolgten raum- und verkehrsplanerischen Massnahmen wie die Entwicklungsstrategie 2020: “eine Zukunft zu Dritt”, grenzüberschreitende Tarifkooperation der ÖV-Partner, Park & Ride, IBA. Bemängelt wird die geringe Wahrnehmung des TEB in der Öffentlichkeit als Folge eines mangelhaften Kommunikationskonzepts. Der parallel entwickelte Verein “metrobasel” mit praktisch demselben Perimeter führt zu einer Konkurrenzierung. – Demgegenüber misst die RK der im Dezember 2010 gegründeten “Trinationalen Metropolregion Oberrhein” (TMO) sehr grosse Bedeutung zu. Diese Organisation sei von den drei betroffenen Staatsregierungen anerkannt, sie vereine die Oberheinkonferenz, den Oberrheinrat, die Eudistricte sowie das Städtenetz. Sie bezwecke die Vertiefung bestehender politischer Zusammenarbeit und stärke die wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Ausstrahlung des Oberrheinraums. Somit könne sie als Vertretung von 6 Mio. Einwohnern, einer Fläche von über 21'000 km² und einem BIP von 200 Mrd. € ihren Einfluss in EU-Gremien gewichtig geltend machen. – Zusammenfassend fordert die RK, die Zahl fixer Gremien in regionaler und grenzüberschreitender Zusammenarbeit zu vermindern und Probleme mit einer “variablen Geometrie” zu lösen, immer aber unter Einbezug von parlamentarischen Vertretern. – In der Nordwestschweiz sei die Zusammenarbeit zwischen den Parlamentariern zu verbessern, insbesondere mit jenen von Baselland. Die Idee, letztlich einen Kanton Nordwestschweiz zu bilden, sei “weiterzuverfolgen”. Das Parlament sei in Vertragsverhandlungen gem. Verfassung einzubeziehen. Die NW-Kantone sollten in Bern darauf hinwirken, dass der Bund für das

Förderprogramm Interreg V genügend Mittel bereitstelle. Die Beziehung zur EU “darf sich nicht weiter verschlechtern”. Der TEB solle finanziell genügend alimentiert werden, das Verhältnis zwischen TEB-Vorstand und District-Rat müsse sich verbessern und Infobest sei in den TEB zu integrieren. Die Weiterentwicklung der Oberrheinkooperation, insbesondere der TMO müsse gestärkt werden. Die Basler Verwaltung solle potenzielle Konflikte mit den Nachbarn früh erkennen und es solle eine Verpflichtung zur Mitarbeit im Oberrheinrat festgeschrieben werden.

Technologiepark

Wirtschaftsdirektor Brutschin erkannte eine Angebotslücke in der Life-Sciences-Stadt Basel und liess per Juni 2011 neben dem Stücki Business Park einen Technologie Park einrichten, der mit fertig eingerichteten Labors, aber auch flexibel zu verändernden Büros und einem IT-Netzwerk auf die Bedürfnisse von Jungunternehmen der Biotech-Sparte zugeschnitten ist. Der Mietpreis liegt zwischen 250 bis 500 CHF/m², Sitzungszimmer, Lagerräume und IT-Einrichtungen lassen sich gegen Aufpreis nutzen.

Südpark

In unmittelbarer Nähe des Südausgangs des Bahnhofs SBB eröffnete Coop seinen mit 2'200 m² Verkaufsfläche grössten Supermarkt in Basel. Folgen wird 2011 ein 5'600 m² grosses Handelszentrum der Basler Kantonalbank und vor allem 2012 die Eröffnung einer nach modernsten Grundsätzen gestalteten Seniorenresidenz.

IWB

Die Industriellen Werke Basel (IWB) erwarten in Frankreich die Firma Saméole SA und erhalten damit Zugriff auf 44 Windräder an acht Standorten und eine Stromproduktion von 123 GWh, was dem Verbrauch von 35'000 Haushaltungen entspricht. Mit diesem Schritt sind sie ihrem Ziel näher, die Stromproduktion bis 2015 um einen Viertel zu steigern. – Nach der Übernahme des Wärmeverbunds für 450 Wohnungen im Langen Loh durch die IWB und

der Sanierung der Anlage konnte das erdgasbetriebene Blockheizkraftwerk mit einem Output von 3'200 MWh Wärme und 2'100 MWh Strom eingeweiht werden. Der Wirkungsgrad der Anlage liegt bei hohen 94 %.

Basel Verkehr

Der Grosse Rat beschloss, die Elisabethenstrasse nach der Umgestaltung für den Durchgangsverkehr dauerhaft zu sperren. Ein Referendum von drei bürgerlichen Jungparteien und dem TCS gegen diesen Entscheid wurde in einer Volksabstimmung im Juni 2011 mit 62 % deutlich abgelehnt.

Parkraumbewirtschaftung

Innert der nächsten fünf Jahre werden in Basel weisse Parkzonen verschwinden. Stattdessen können Anwohner für Fr. 140.– pro Jahr eine Anwohnerkarte lösen, für den doppelten Betrag ist diese in zwei angrenzenden Postleitzbezirken gültig. Besucher können eine Halbtagsparkkarte zu CHF 6 oder eine Ganztageskarte zu CHF 10 lösen und Pendler, die von der Stadt festgelegte Kriterien erfüllen, für CHF 740 eine Jahreskarte erwerben. Um den Park-and-Ride-Verkehr zu fördern, will Basel entsprechende Anlagen in St. Louis und Hegenheim mittels eines einzurichtenden Fonds fördern.

Baurecht bleibt

Mit deutlichem Mehr lehnte der Grosse Rat eine von sog. bürgerlichen Kreisen geforderte Veräusserung des Kinderspitalareals an Private ab. Demzufolge kann dasselbe, wie vorgesehen, im Baurecht überbaut werden. Der Grund und Boden bleibt somit der Öffentlichkeit erhalten.

Verdrängung?

Im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Voltaareals mit hochpreisigen Wohnungen – die Mietpreise pro Quadratmeter liegen in den neu erstellten Gebäuden um die CHF 20/m² – befürchtet der Präsident des Quartiervereins St. Johann einen generellen Anstieg der Mietpreise auch in bestehenden Liegenschaften und dem-

zufolge eine Verdrängung der bisherigen sehr gemischten Wohnbevölkerung und damit einen Verlust der bisherigen Vielfalt des Quartiers.

Kunstcenter

Bekanntlich gehört das Dreispitzareal der Christoph Merian Stiftung (CMS), der Gründer derselben erwarb es 1840. Seither untersteht es stetem Wandel, konkrete Visionen zur Umgestaltung des bislang gewerbllich genutzten Areals hin zu einem urbanen Stadtteil bestehen bereits seit bald 10 Jahren. Gegenwärtig verändert sich der Südosten hin zum Kunstcenter, das mit der vorgesehenen Eröffnung der Hochschule für Gestaltung und Kunst (HGK) der FHNW ein Leitgebäude erhalten soll. Aber schon jetzt zeugen an der Oslostrasse das Haus für elektronische Künste, der Projektraum des Internationalen Austausch- und Atelierprogramms Region Basel (iaab) sowie Ateliers für 22 Kunstschaefende vom neuen Geist. Das Kunstmuseum könnte nach dem Leiter Kultur der CMS einen Kern bilden, von dem eine zukunftsweisende Eigendynamik ausgehen soll.

Novartis Campus

Bis 2014 werden 18 Gebäude im Campus Areal, das gemäss dem Masterplan von Vittorio Lampugnani entsteht, fertig gestellt sein. Als Architekten dieser Gebäude gelten Herzog & de Meuron für das Hochhaus im Südosten beim Rhein, der spanische Architekt Juan Navarro für das Haus der Konzernleitung, Rem Koolhas für ein Forschungsgebäude sowie Rahul Mehrotra. Drei dieser Häuser werden 65 Meter hoch werden und eine erste Landmarke setzen. Jenes im Südosten birgt auf Bodenniveau ein auch vom neu zu gestaltenden Rheinweg her zugängliches Restaurant. Fünf weitere Hochhäuser von je 120 Metern Höhe sind für den nordwestlichen Teil des Territoriums vorgesehen, ferner ein schlanker Campanile westlich der Eingangspiazza.

Claraturm

Schon lange ist von einem Hochhaus an der Ecke Riehenring–Clarastrasse die Rede. Nun liegen die Pläne eines von Morger & Dettli entworfenen 90 Meter und 28 Etagen zählenden

hohen Turms in ähnlicher, sich gegen oben verjüngenden Bauart wie der Roche-Turm vor, wobei das Clara-Projekt drei Jahre älter sei als jenes von Roche. Im Parterre sind Geschäfte vorgesehen, in fünf Stockwerken Büros, in 21 Geschossen 170 Wohnungen zu Preisen zwischen CHF 1'200 und CHF 2'250 und zuoberst ein Gastronomiebetrieb. Wenn alle Bewilligungsverfahren termingerecht ablaufen, soll 2013 mit dem Bau begonnen werden.

Erlenmatt

– Für das Erlenmattquartier mit 700 Wohnungen und 2'000 Bewohnenden ist ein 5.7 ha grosser Stadtpark vorgesehen, gewissermassen die Verbindung zwischen Kleinbasel und den Langen Erlen. Im Endausbau soll er zahlreichen Ansprüchen genügen: den Erwerbstätigen als Pausenraum, den Anwohnern als Garten, als Sportplatz, als Treffpunkt und Kindern als Spielplatz. Zu ihrem 150-jährigen Bestehen hat die Stadtgärtnerei einen Kinderspielplatz mit Burg, Rutschbahn und vielen Klettermöglichkeiten gestiftet. In Erinnerung an die ursprüngliche Nutzung des Areals als Güterbahnhof wurden und werden hier und auf den 3.8 ha Naturschutzgebiet mit Blumenwiesen, Magerrasen, viel Kies und auch ehemalige Eisenbahnschwellen und Gleisschotter verwendet. – Die Zwischennutzung auf dem nt/Areal im entstehenden Erlenmattquartier mit ungewöhnlich grossen Flächen für Ateliers, Freiflächen, Gastrobetrieben hatte Vorbildcharakter für andere Städte, geht nun aber ihrem Ende entgegen. Forderungen von Jungpolitikern nach Schaffung ähnlicher Freiräume lehnt die Regierung ab, sie ist jedoch zur Schaffung liberaler Rahmenbedingungen für anderswärtige Zwischennutzungen bereit. In Betracht kommen Gelände im Gebiet des ehemaligen Frigo-Kühlturms nahe dem Wolfsgottesacker, bei Lysbüchel und am ehesten im Rheinhafen.

– Entgegen ursprünglicher Absicht und aufgrund bisher mangelnden Erfolgs des Stücki-Einkaufs-Centers verzichtet die als Hauptmieter erwartete deutsche Modekette Peek & Cloppenburg auf ein Engagement in Basel. Der andere Grossmieter Coop hält seine Beteilung

aufrecht. Trotz des Rückzugs des Modehauses aus der Erlen-Galerie soll das Gebäude 2012 eröffnet werden.

Rheinuferweg Grossbasel

1995 schlug die CMS-Stiftung den Bau eines Rheinuferwegs zwischen Wettsteinbrücke und Pfalz vor und hätte denselben auch finanziert. Das Appelationsgericht folgte 2002 der Argumentation der freiwilligen Denkmalpflege, wonach hierfür "kein hinreichendes öffentliches Interesse" bestünde. Nun lanciert Grossrat Daniel Goepfert (SP) eine von den wichtigsten Parteien unterstützte Volksinitiative zur Errichtung einer Verbindung Wettsteinbrücke–Mittlere Brücke bis 2015.

Neue Hotels

Nach Wegzug der Grosspeter Garage wird an deren Platz in Bahnhofnähe ein 8-stöckiges Gebäude mit zwei Hotels unterschiedlicher Kategorien erstellt: ein Novotel mit 145 und ein Zweistern-Etap-Hotel mit 194 Zimmern, insgesamt 339 Betten.

Basel-Landschaft

Museum BL

Das einstige Liestaler Zeughaus wurde um 1518 von Basel erbaut, von Liestal als Korn- und Zeughaus genutzt, 1934 lagerten hier noch Waffen. 1978 erfolgte die Umnutzung zum Kantonsmuseum. Nach einer früheren Teilrenovation wurde das Haus zwischen 2009 bis 2011 total erneuert. Der Eingang wurde zum Zeughausplatz verlegt, Verwinkelungen wurden aufgehoben, der Lift erschliesst nun auch das 4. Stockwerk, das Dach und die Fenster wurden wärmedämmend isoliert, die Fassade weiss getüncht und die Fenster grau umrahmt. Zu hoffen bleibt, dass das ansprechende Haus viele Besucher anlockt.

Augusta Raurica

Nach 29-jähriger Tätigkeit als Leiter von Augusta Raurica trat Alex Furger im Juni 2011 in den Ruhestand. Sein Ziel war, das Leben der Römer für das breite Publikum, insbesondere

die Jugend, lebendig zu machen. Dies gelang ihm auf vielfältige Weise: So richtete er einen Römer-Zoo ein, gestaltete das Röermuseum um, richtete Lagerräume ein für 1.6 Mio. Fundstücke und 3 Mio. Knochenstücke – deren Auswertung erlaubt Rückschlüsse auf die Essgewohnheiten der damaligen Menschen. Ferner verhalf er dem Kanton zum modernsten Archäologiegesetz der Schweiz, erreichte den Aufkauf unbebauter Grundstücke durch den Kanton, wodurch Notgrabungen überflüssig werden, veröffentlichte u. a. einen Kurzführer, führte einen szenischen Rundgang ein und vor allem erreichte er die bestens gelungene Renovation des Theaters. Unerfüllt blieb sein Wunsch nach einem grösseren Museum und einem zentralen Gebäude für Verwaltung und Depots. Arbeit für seinen Nachfolger, Daniel Suter, ist somit genügend vorhanden. Aufgrund der Finanzknappheit des Basler Theaters – nicht zuletzt durch die Ablehnung eines Zusatzkredits seitens 51.4 % der Baselbieter Abstimmen – ist zu bezweifeln, dass in den Jahren 2012/13 eine Aufführung in Augst durchgeführt wird.

Verkauf der Schlösser Wildenstein und Bottmingen?

Zur Sanierung der Kantonsfinanzen mit einem Defizit von 180 Mio. CHF schlägt die Baselbieter Regierung u. a. vor, 10 Mio. CHF durch Neuverhandlungen der Staatsverträge mit Basel-Stadt hereinzu bringen und die in Staatsbesitz befindlichen Schlösser Wildenstein und Bottmingen für einen zweistelligen Millionenbetrag zu verkaufen!

Jurapark

Nachdem die Gemeinden Diegten und Eptingen mit ihrem Nein 2010 die Realisierung eines den Tafeljura umfassenden Naturparks Jura verhindert hatten, beschloss der Vorstand des Vereins, bis 2013 auf weitere Aktivitäten zu verzichten. Dann soll entschieden werden, ob die Zeit reif sei für einen weiteren Versuch, das Projekt zu lancieren und beim Bund per 2015 einzugeben.

Baselbieter Kultur

Nach Rückweisung des von der Regierung im November 2009 vorgelegten Kulturgesetzes durch FDP, SVP und CVP führte der zuständige Regierungsrat im Mai 2011 eine “Tagsatzung” durch, an der in Liestal 300 Personen – Politiker und Kulturinteressierte – während 14 Stunden an 68 Gelegenheiten über die im Kanton anzustrebende Kultur sprachen. Erwartungsgemäss lagen die Meinungen stark auseinander, Volks- und Dorfkultur wünschten die einen, kreative Querdenker und Störefriede die anderen. Die Definition einer Baselbieter Kultur im Gegensatz zu jener der Stadt wurde nicht gefunden – in der von gewissen FDP-Kreisen postulierten Abgrenzung schon gar nicht, vielleicht im Dialekt? Wie dem auch sei, Lukas Ott als Stadtpräsident von Liestal bringt es auf den Punkt, wenn er sagt, dass das Baselbiet seit jeher zwei Kräfte geprägt hätten – die Autonomie und die Abhängigkeit. Nach Regierungsrat Wüthrich könnte als Leuchtturm in der Kulturszene ein grösseres Röermuseum gelten, vielleicht bald einmal das Polyfeld der Fachhochschule (FHNW) in Muttenz oder eine Eventhalle für 2'000 Zuschauer. Das Hauptproblem sieht er zudem nicht einmal in mangelndem Geld, sondern im fehlenden Nachwuchs. Man darf die Neuauflage des Gesetzesentwurfs gespannt erwarten.

Frühfranzösisch

Der Baselbieter Bildungsrat setzte den Termin für die Einführung von Frühfranzösisch in der dritten Klasse der Primarschule auf August 2012 fest, drei Jahre früher als ursprünglich angenommen. Er richtet sich bei diesem Entscheid nach den Kantonen, die ebenfalls Französisch als erste Fremdsprache einführen, so Basel-Stadt, Solothurn, Bern, Freiburg und Wallis. Frühenglisch folgt in der 5. Primarklasse.

Masterplan Polyfeld

Im April 2011 wurde der durch den vorgesehenen Ausbau der Fachhochschule ausgelöste Masterplan vorgestellt. Dabei handelt es sich um die von Kanton und Gemeinde bestellte Planung zwecks Gestaltung des 34 ha grossen Polyfeldes in Muttenz unter dem Motto Wissen, Wohnen, Arbeiten und Begegnen. Das Areal

zwischen Bahnhof und Pantheon umfasst das Dreieck westlich des Bahnhofs der Bahn entlang bis zum Pantheon an der Birsfelderstrasse und im Süden bis zur Gründenstrasse. Heute finden sich hier schon das Gymnasium und bereits ein Gebäude der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), daneben zahlreiche Gewerbebetriebe, aber auch Wohnhäuser, in denen 800 Menschen wohnen. Im Endzustand um 2030 sollen auf dem Polyfeld 1'400 Menschen leben, die Zahl der Arbeitsplätze soll sich von 3'200 auf 7'600 erhöhen und die Zahl der auf dem FHNW-Campus Studierenden soll von 2'200 auf 4'200 steigen. Diese Zielvorstellung verlangt, dass Raumplanung, Verkehr, Architektur in den Bereichen Gewerbe, Wohnen, Sport, Bildung und Freiräume aufeinander abgestimmt werden. So gilt es, die Nutzungsziele zu erhöhen und die Geschosszahl von Wohnhäusern auf sechs zu erhöhen, gleichzeitig müssen aber genügend Grünflächen – Sportplatz, Spielplatz oder grüne Wiese – für ausreichende Lockerheit sorgen. Bedacht werden muss auch die Anbindung an das Strassennetz und an das Netz des öffentlichen Verkehrs. Für den stillstehenden Verkehr kann man sich eine Tiefgarage denken auf dem Areal der zuvor von kontaminiertem Material befreiten Feldreben-Deponie.

– Jüngst wurde bekannt, dass sich am Projektwettbewerb im Jahr 2010 62 Teams meldeten, von denen 20 zur Teilnahme eingeladen worden sind. Hiervon wurde gemäss Bau- und Umweltzeitung Nr. 74 das Projekt der Firma "pool Architekten Zürich" zur Weiterbearbeitung empfohlen. Hervorgehoben werden dessen überzeugende städtebauliche und architektonische Konzeption sowie ein hohes Mass an Nutzungsflexibilität, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit. Der 280-Mio.-CHF-Bau hat die Form eines bestimmenden Kubus, im Innern wirkt er leicht und dank eines zentralen, von Treppen umgebenen Lichthofs anregend hell.

Parteistärken BL

Die Wahlen vom 26.3.2011 zeitigten folgende Parteistärken in % (Zahlen 2007 in Klammer): 1. SVP 23.99 (22.53), 2. SP 21.99 (22.94), 3. FDP 15.15 (20.93), 4. Grüne 13.69 (12.06), 5. CVP 9.25 (12.10), 6. BDP 5.52 (-), 7. EVP 4.73

(5.64), 8. GLP 4.5 (-), 9. SD 1.18 (3.48). Die SVP löste die SP als wählerstärkste Partei ab, die FDP verlor über 5 % der Stimmen, CVP und EVP verloren ebenfalls fast 4 % der Wähler. Zugegangen haben mit etwa 11.5 % die kleinen Mitte-Parteien sowie jene aus dem grünen Bereich. Entsprechend wurde ein Grüner in den Regierungsrat gewählt, zugleich verdrängte er erstaunlicherweise den SVP-Regierungsrat Krähenbühl. Somit setzt sich die Regierung parteimässig zusammen aus 2 FDP, 1 SP, 1 CVP, 1 Grüner (neu), 0 SVP (nach Abwahl).

Reinach plant

In einer Zeit, in der rechtsbürgerliche Kreise das Bild einer Übervölkerung der Schweiz schwarz an die Wand malen, veranlasste Reinach gemäss 'bz' eine Testplanung, um seine Bevölkerungszahl in Zukunft zu halten. Bei dem Gedankenspiel geht es um eine bisher ausgezonte Fläche von 105'000 m² entlang der Strasse ins Birsigtal. Hier liessen sich 480 Wohneinheiten für 1'100 Bewohner realisieren. Nach einer Umzonung könnten auf gemeindeeigenem Land bald Alterswohnungen, auf bisherigem Privatland frühestens ab 2020 die ersten Wohnhäuser erstellt werden.

Vision

Die 2010 fertig gestellte Glattalbahn als Verkehrsmittel zwischen Tram und S-Bahn verbindet in zwei insgesamt 13 km langen Ästen das Zentrum von Zürich mit Kloten im Norden und Dübendorf im Nordosten. Sie kostete 650 Mio. CHF, generierte jedoch 9 Mrd. CHF Investitionen von privater Seite und führte zu erhöhter Urbanität. Auf das Baselbiet übertragen, würde dies bedeuten, dass eine bessere Verkehrserschliessung zwischen Salina Raurica und Sissach dem schon strapazierten Raum einen urbanen Charakter vermitteln und vor allem Unternehmen anziehen könnte, deren Steuern die momentan arg gebeutelte Staatskasse auffüllen würden. Ähnliches könnte man sich auch vorstellen von einer guten Schienenverbindung zwischen Dornach und dem Reinacher resp. Aescher Industriegebiet.

Manorzentrum

Im Mai 2011 wurde der Grundstein zum Manorzentrum in Liestal gelegt. Am Rande der Altstadt werden 9'800 m² Verkaufsfläche entstehen, wobei Manor den Hauptteil belegt, Coop ebenfalls eine grosse Fläche. Das bisherige Manorgebäude im Stedtli wird durch ein modernes Geschäftshaus ersetzt.

Finanzausgleich

2011 müssen auf Grund ihrer hohen Steuereinnahmen 17 Baselbieter Geber-Gemeinden Geld in die Kasse des Innerkantonalen Finanzausgleichs einzahlen, der 69 Nehmer-Gemeinden das Leben erleichtert. Den vollen Betrag bezahlen Binningen, Bottmingen, Oberwil, Biel-Benken, Arlesheim, Pfeffingen und Oberdorf, 80 % entrichten Allschwil, Schönenbuch, Muttenz, Münchenstein, Reinach, Aesch, Therwil, Arisdorf, Sissach, Seltisberg. Kurz: Die meisten Geber-Gemeinden liegen nahe des Agglomerationskerns im sog. Speckgürtel.

AKW-Gefahren

Baselland geht bei den schweizerischen AKWs im Fall des Austritts von Radioaktivität von einer Gefahrenzone von 20 km um die jeweiligen Kraftwerk-Standorte aus. Dies bedeutet, dass im Fall eines Lecks des AKWs Gösgen die Bewohner der Gemeinden im obern Baselland bis Hersberg, Lausen und Bubendorf in Gefahrenzone 2 – Radius Zone 1: 9 km, Zone 2: 20 km – mit Verseuchung zu rechnen hätten und aus diesem Grund den Haushaltungen schon vor Jahren Jod-Tabletten verteilt wurden. In der Folge der AKW-Katastrophe von Fukushima in Japan fordert der Baselbieter Sicherheits-Chef eine Neubeurteilung der Gefahrenzone, was nur heißen kann, dass dieselbe ausgedehnt würde.

Heizen mit Grundwasser

In Laufen wird die erste Überbauung des Baselbiets errichtet, die mit Grundwasser der Birs geheizt werden soll. Der Grundwassерstrom der Birs liegt unter der Stadt in einer Tiefe von ca. 7.5 unter Terrain, bei Hochwasser steigt er im untersuchten Gebiet bis auf 4.5 m unter Terrain an. Im Winter kann mit einer Wasser-temperatur von 12 bis 14.2 °C gerechnet wer-

den. Die Konzession der Stadtverwaltung zur Nutzung von Grundwasser sieht vor, dass pro Sekunde maximal 5.3 Liter Birsgrundwasser entnommen, in einem Wärmetauscher um maximal 4 °C abgekühlt und danach dem Kreislauf wieder zugefügt werden müssen. Die Stadtverwaltung interessiert sich sehr an dem Projekt im Hinblick auf die Nutzung von Grundwasserwärme für kommunale Gebäude.

Strom der Zukunft

Die EBL beteiligt sich bekanntlich an einem spanischen Sonnenkraftwerk. Hierzu passend organisierte sie ein Podiumsgespräch, in dem gemäss ‘bz’ unter anderem die vom deutschen Ableger des Club of Rome gegründete Hamburger Stiftung “Desertec” vorgestellt wurde. Dabei geht es darum, erneuerbare Energie dort zu gewinnen, wo sie am günstigsten zur Verfügung steht, z. B. in der Nordsee durch Wind, in der Wüste durch die Sonne. Desertec verfolgt die Vision, Solarstrom aus der Sahara über ein weitverzweigtes Gleichstromnetz nach Europa zu transportieren. Die Verwirklichung dieser Idee treibt die Firma “Dii GmbH” voran. Daran beteiligt sind u. a. ABB, Siemens, Eon, Münchner Rückversicherung, Deutsche Bank, Red Electrica España. Letztere übernimmt den Strom aus dem Sonnenwärmekraftwerk der EBL in Südspanien.

Nutzung Solarenergie

Die Baselbieter Regierung überlässt den Gemeinden den Entscheid, wie sie in ihrem jeweiligen Ortskern die Installation von Solaranlagen regeln wollen. Generell gilt, dass in über 90 % der Bauzonen keine besondere Bewilligung für den Bau solcher Anlagen erforderlich ist. – Die Gemeinde Aesch möchte einen Solar-kataster erstellen und die entsprechende Karte online zugänglich machen. Damit lässt sich für jedes Gebäude ablesen, wie geeignet die Installation einer solchen Anlage ist. Solche Karten bestehen in der Schweiz bereits für St. Gallen, in Deutschland für Lörrach (BZ 30.6.11), Hamburg, Berlin, Giessen, Rüsselsheim u.a.m.

ELBA

Anstelle der umstrittenen Südumfahrung soll ein “Entwicklungsplan Leimental–Birseck – Allschwil” (ELBA) eine Lösung der Verkehrsprobleme jener Region bringen. Der Kanton Baselland arbeitet zusammen mit einer grossen Zahl Betroffener, nämlich den Kantonen Basel-Stadt und Solothurn, mit 26 Baselbieter Gemeinden und dem Département Haut-Rhin. Vier bis sechs Planungsteams werden in einem ersten Schritt die Situation in den Bereichen Verkehr, Siedlung und Landschaft beurteilen und aufgrund dessen Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen. Die Planer fassen zwar das Jahr 2030 ins Auge, sollen jedoch in einem zeitlich und materiell mehrstufigen öffentlichkeitsfreundlichen Verfahren vorerst per 2014 zwei Varianten entwickeln.

Baselland Tourismus

Im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Leiters von “BL Tour” wurde die Frage nach einer möglichen Fusion mit Basel Tourismus aufgeworfen – denn ohne die Stadt werbe BL Tour für einen “Körper ohne Kopf”. Basel Tourismus würde eine Zusammenlegung “sehr begrüssen”, allerdings nur, wenn BL Tour dies wolle. BL Tour sieht seine Hauptzielgruppe in der Schweiz, wogegen BS Tourismus seine Werbung im Ausland platziere. Zudem habe diese Organisation das Oberrheintal im Visier, Baselland verkäme bei einer Fusion zu einem “kleinen Fisch”.

Raumplanung Baselland

Der Baselbieter Kantonsplaner Martin Kolb spricht aus raumplanerischer Sicht einem vereinigten Kanton Basel das Wort, damit liesse sich die bis anhin “eingeschränkte Zusammenarbeit” der Behörden aufgrund der Grenzen auflösen. Er stellt fest, dass bei einem bis 2035 vorausgesagten Wachstum Basels um 30'000 Personen und 50'000 in Baselland die Siedlungsstrukturen sich massgeblich verändern müssten. Im Detail skizzierte unser GEG-Mitglied Dr. Martin Huber, Leiter der Kantonsplanung im Amt für Raumplanung, die Strategie der künftigen Raumplanung Baselland: Wichtig sei für die Zukunft, die Siedlungsentwicklung so zu

steuern, dass einerseits verdichtet gebaut werden könne, womit solche Siedlungsteile durchaus städtischen Charakter erhielten, und andererseits der Aussenraum grosszügig und locker zu gestalten sei. Für das Leimental bedeute dies etwa, dass zwischen den Hauptstrassen und entlang der Kantongrenze zu Basel und zu Frankreich verdichtete Siedlungsbänder entstünden mit reinen Wohnzonen und bis zu fünfstöckigen Gebäuden, daneben Räume für Wohnen und Dienstleistungen, aber auch kleine Plätze und Parks. Im Birstal könne man sich die Reinacher Heide oder das Heiligholzgebiet in Münchenstein gewissermassen als eine Art Central Park vorstellen, umschlossen von einem Hochhaus-Cluster. Auch im Ergolztal seien in Bahnhofs- und Zentrumsnähe der einzelnen Siedlungen Hochhaus-Cluster denkbar. Minizentren seien zudem an speziell definierten Orten denkbar im solothurnischen Dornach, in Birsfelden, Pratteln, Sissach, Lausen oder Laufen. Moderne Raumplanung achtet darauf, stereotypes Einerlei zu vermeiden, deshalb soll verdichtet gebaut werden, wo es z. B. aus verkehrstechnischen Gründen bei guter Erschliessung Sinn mache. Auf der andern Seite sollte fallweise auch daran gedacht werden zu entdichten. Entscheidend sei, Einheitsbrei zu vermeiden, dafür den Siedlungen je eigenen Charakter zu verleihen. – Zu diesem Thema passt das von Vertretern des Stadtrats und -bauamts, von Grundeigentümern im Oristal und einem Planungsbüro erarbeitete Konzept, wonach sich in einem Entwicklungsgebiete entlang der Oristalstrasse mit grosszügigen Zugangs- und Umgebungsmöglichkeiten ein Gürtel für bis zu 40 Meter hohe Hochhäuser realisieren liesse für Büro- und Dienstleistungsnutzung. Flächen für solche Nutzung fehlen in Liestal, und die angedachten Hochhäuser in der Talsohle neben dem Wald würden kaum jemanden stören. Wenn Mittel gegen Bereicherung durch Spekulation und Anreize auch für Kleinbetriebe gefunden würden, könne das Oristal sich zu einem attraktiven Arbeitsgebiet entwickeln.

Trinkwasser

Infolge festgestellter Verunreinigungen des Hardwassers durch erhöhte Werte an chlorier-

ten Butadienen baut die Hardwasser AG im Hardwald eine zusätzliche Reinigungsanlage, in der täglich 70'000'000 Liter Wasser durch 360 Tonnen Steinkohle gefiltert werden. Die Anlage ist ausbaufähig und soll 2013 in Betrieb gehen. Die Gemeinde Muttenz selbst bezieht gemäss einem Beschluss von 2010 kein Trinkwasser von der Hardwasser AG, sondern errichtet eine eigene mehrstufige Aufbereitungsanlage, dies aufgrund der Tatsache, dass das Trinkwasser der Gemeinde im stark belasteten Raum Schweizerhalle gewonnen wird.

den Sisseln, Stein, Eiken und Münchwilen Betriebe möglichst aus den Bereichen Forschung, Life Sciences und Informatik mit hochkarätigen Arbeitsplätzen. Entsprechend sind auf dem Gelände zwischen Rhein und Wald auch Flächen für Wohnbauten vorgesehen. Arbeiten und Wohnen dürfte hier sehr attraktiv werden dank der durch Bahn und Autobahn gut erschlossenen Verkehrslage sowie durch strenge Vorgaben einer ökologischen Gestaltung des Raums durch das Anlegen von Grünflächen, Bepflanzung mit heimischen Gewächsen, dies alles bei wenig Verkehr und Lärm.

Schwarzbubenland

Archäologische Funde

Nach der Freilegung von frühmittelalterlichen Eisenverarbeitungsstätten in Büsserach im Jahr 2010 gelang es der Solothurner Kantonsarchäologie in einer weiteren Grabung im Jahr 2011 insgesamt 16 Grubenhäuser, verschiedene Feuerstellen, einen Pfostenbau und eine weitere Werkgrube freizulegen. Zudem erahnt man Hinweise auf Webstühle und Schafhaltung und somit auf Textilverarbeitung zwischen dem 7. und 12. Jh. Insgesamt kann nun von einer Gewerbezone von 35 Aren Fläche ausgegangen werden. Damit gilt Büsserach als ein sehr bedeutender Ort für Funde aus dem Früh- und Hochmittelalter. Andere derartige Orte sind Develier-Courtételle (JU), Lausen-Bettenach, Reinach-Alte Brauerei (BL), Berslingen (SH).

Solardächer auf Scheunen

Über 100 Landwirte folgten in Wölflinswil einer Orientierung zur Nutzung von Scheundächern durch Solarpanele. Ein Anwesender bezeichnete eine solche Anlage als die interessanteste Einnahmequelle seines Hofs – jedenfalls, solange der Bund eine Einspeisevergütung von 50–60 Rp./kWh bezahlt. Die Anlage sei in 15 Jahren amortisiert, dies bei einer erwarteten Lebensdauer von 30 Jahren. Momentan sind beim Bund 10'000 Gesuche für Einspeisevergütungen hängig.

Bauboom im Fricktal

Der Bauboom in Kaiseraugst geht unentwegt weiter: Im Spannungsfeld zwischen Liebṛüti und Roche-Gebäuden entstanden in jüngster Zeit auf 90'000 m² weitere 300 Wohnungen. Diese Entwicklung gilt auch für andere Fricktal-Gemeinden wie Möhlin und das Sisseler Feld mit der grössten unverbauten Industriefläche der Nordwestschweiz, und viele Gemeinden weisen noch beachtlich grosse ungenutzte Bauzonen auf. Bezuglich solch unbebautem Land steht das Fricktal mit über 20 % in der Nordwestschweiz an der Spitze, gefolgt vom Schwarzbubenland mit knapp über 20 %, dem Laufental mit knapp unter 20 %, dem oberen Baselbiet mit ca. 18 % und dem unteren Baselbiet mit rund 10 %. In Möhlin, ebenfalls einer Boomgemeinde, regt sich seit geraumer Zeit Widerstand gegen das schnelle Wachstum. Es bringe zu viele Zuzüger und die Infrastruktur sei dieser Entwicklung nicht gewachsen. „Man rief Steuerzahler und es kamen Menschen“, zitiert

Fricktal

Ausbau Sisselerfeld

Die Raumplanung für die Arealentwicklung des mit 34 ha grössten noch verfügbaren Industriearls des Kantons Aargau ist abgeschlossen. Sie orientiert sich an den Grundsätzen der Planung von Kaiseraugst mit einem Nebeneinander von Industrie- und Wohngebäuden und will neben den schon vorhandenen 3'000 Arbeitsplätzen Raum freigeben für deren weitere 3'000. Bisher sind Novartis, Syngenta und DSM ansässig, und dementsprechend wünschen sich die 20 Landbesitzer und die Gemein-

die BaZ den Gemeindepräsidenten von Kaiseraugst in Abwandlung eines Ausspruchs von Max Frisch.

Widerstand wächst

Die Forderung des 2010 gegründeten Vereins "KAIB" (Kein Atommüll in Bözberg) findet (nach der AKW-Katastrophe von Fukushima in Japan) in der Region Bözberg und auch im nahen Baden-Württemberg mit seiner neuen grün-roten Regierung mehr und mehr Gehör. KAIB verlangt, dass die Abfälle, wenn schon, so gelagert würden, dass sie nicht nur während 50 bis 100 Jahren, sondern auch viel später wieder rückholbar sein müssten. Zudem sollen Mitglieder des Vereins personelle Verfilzungen zwischen Aufsichtsbehörde und Atomlobby aufgedeckt haben.

Wasserkraftwerk Rheinfelden

Anfang 2012 soll die von Wasserbauingenieuren in Karlsruhe konzipierte Fischtreppe beim neuen Kraftwerk in Rheinfelden eröffnet werden. Sie ist 900 Meter lang und 60 Meter breit, bietet eine für Fische richtige Lockströmung, viele Nischen, Kiesgrund und Sträucher. Seit 1984 wurden im Aargau, Baselland und Basel-Stadt 300'000 Junglachse ausgesetzt. Sie schwimmen als Kleintiere durch die Turbinen der vielen Kraftwerke am Rhein – bei einer Todesrate von jeweils 5% pro Kraftwerk – in die Nordsee, fressen sich dort an und sollten danach zu ihren Aussetzungsplätzen zurückfinden können. Dieser Rückkehr stehen gegenwärtig noch zahlreiche Probleme im Weg: Die neue bürgerliche Regierung der Niederlande schliesst auf Druck niederländischer Landwirtschaftskreise die Haringvliet-Schleusen viel häufiger als ursprünglich abgemacht. Zudem verfügen noch nicht alle Kraftwerke zwischen Strasbourg und Kembs über Wehre oder Fischtreppen. Doch die europäische Wasserrahmenrichtlinie verlangt den Bau solcher Einrichtungen – und man hofft, dass die Rheinfelder Lösung hierfür wesentliche Impulse setzt. Dass die Art dieser Treppe funktioniert, hat sich gezeigt bei Ruppoldingen, wo derselbe Typ – allerdings in kleinerer Ausführung – erfolgreich eingesetzt wurde. Seit 1930 fand sich im Rhein kein Lachs

mehr, mit Ausnahme eines einzigen, der 2009 Jahren gefangen wurde. Die Hoffnung besteht, dass sich die 295 Mio. CHF lohnen, die bis 2015 in das Lachsförderprogramm geflossen sein werden.

Südbaden

Meinung der wiedergewählten Lörracher Oberbürgermeisterin Gudrun Heute-Bluhm

In einem Interview mit Peter Schenk (BaZ) äusserte sich die mit 73.5 % der Stimmen zum dritten Mal für 8 Jahre Gewählte zu aktuellen Fragen und anstehenden Problemen in Lörrach und zur Beziehung zu Basel und zum Eurodistrikt. Es freue sie, dass Lörrach im Jahr 2010 1'000 Arbeitsplätze hinzugewonnen habe und damit den höchsten Stand seit 1996 verzeichne, dies vor allem in den Bereichen Dienstleistungen und Detailhandel. Gegenüber 2001 sei die Zahl der Grenzgänger von 3'000 auf 5'000 angestiegen. Das Wachstum der Stadt mit ihren 48'000 Einwohnern solle moderat verlaufen. Bezuglich der Wirtschaftsstruktur befürchtet sie kein Klumpenrisiko durch eine Abhängigkeit von Basel, denn nur wenige Lörracher Betriebe würden direkt von den Life-Sciences in Basel abhängen; viele Lörracher Unternehmen würden als zuliefernde High-Tech-Betriebe für die Automobilindustrie arbeiten, der Maschinenbau und die verbliebenen Textilfirmen wirtschafteten gewinnbringend. Zur Frage von Ausländern in schweizerischen Betrieben nennt sie die Fakten, wie sie sind: Wenn die Betriebe infolge Mangels entsprechend qualifizierter Schweizer Arbeitskräfte die Stellen mit Ausländern besetzen, könne das nicht dem Ausland angelastet werden. Grundsätzlich sehe sie dies auch nicht gern, denn die Situation bedeute für Deutschland einen Verlust gut ausgebildeter Menschen, dies treffe besonders stark für den Gesundheitsbereich zu. Im Übrigen würden die Grenzgänger in Basel 5 % Steuern bezahlen, Kaderleute bis 100 %. Die politischen Beziehungen zu Basel seien sehr gut und enger als vor Jahren, auch wenn noch Vertiefungsbedarf bestünde. Im Bereich Verkehr spricht sie einer Verdichtung der Regio-S-Bahn-Verbindungen

das Wort, kann sich eine Haltestelle bei der Grenze mit Bezug zum Tram vorstellen, nicht aber eine Verlängerung der Tramlinie nach Lörrach – sie würde die Regio-S-Bahn unnötig konkurrieren. Mit Blick auf Einkaufsmöglichkeiten kann sie in der Herzstückvariante einen Vorteil erkennen, für Pendler zu Chemiebetrieben würde sich der Arbeitsweg mit einem einzigen Umsteigen ebenfalls vereinfachen, zudem würde sich für Basel die Parkplatzfrage lindern. Für die Zukunft wünsche sie sich eine energiepolitische Strategie für die Gesamtregion.

Grün-Rotes Baden-Württemberg

Mit der Wahl einer grün-roten Regierung im Verhältnis 24.2 % zu 23.1 % wird Baden-Württemberg wohl neue Akzente in seiner Politik setzen. So verlangt die Regierung ein Beteiligungsrecht der deutschen Grenzregion in der Frage der Schweizer Atomendlager, ferner eine spürbare Beschränkung der Belastung durch den Flugverkehr, zudem will sie die Steuerflucht in die Schweiz unterbinden.

Widerstand gegen Einkaufszentrum

Stadtregierung und Parlament von Weil a. Rh. befürworten den Neubau eines riesigen Einkaufszenters mit 25'000 m² Verkaufsfläche anstelle des bestehenden Kaufrings mit 5000 m² an der Hangkante nahe des Bahnhofs mit 20:3 Stimmen. Gegen das Projekt, das sehr viel Verkehr generiert hätte, wehrten sich Stadtbewohner mit 3'200 gültigen Unterschriften. Auf Grund dessen wurde am 17.7.2011 eine Volksabstimmung durchgeführt und das Projekt mit einem Stimmenverhältnis von 5'500 zu 4'000 verworfen.

Tram

Im März 2011 wurde laut ‘bz’ mit einem weiteren Spatenstich in Weil-Friedlingen die letzte Phase der Verlängerung der Tramlinie 8 Kleinhüningen–Weil-Bahnhof in Angriff genommen. 2013 sollte die Verbindung stehen, so dass man dann von Weil aus in 20 Minuten das Zentrum von Basel erreicht – und umgekehrt.

Bus Grenzach

Die im Dezember 2008 eingerichtete Verlängerung der Buslinie 38 nach Grenzach-Wyhlen ist ein voller Erfolg, dergestalt, dass im Jahr 2010 auf der deutschen Seite über 200'000 Fahrgäste, 18 % mehr als 2009, eingestiegen sind und die Kurse zwischen 7 und 8 Uhr morgens mit Gelenkbussen geführt werden müssen. Unangenehm hoch ist die Zahl der Schwarzfahrer, sie liegt zwischen sieben bis neun Prozent, in Basel sind es zwei bis drei Prozent.

Luxuswohnungen in Weil

Das bereits einmal erwähnte Projekt, wonach auf dem Terrain einer Erbgemeinschaft in Grenzach-Wyhlen 500 bis 600 Luxuswohnungen zu je 160 m² mit direktem Rheinanschluss und vorgelagerter Lagune erbaut werden sollen, tritt in eine nächste Phase, indem das ETH-Studio Basel den Auftrag erhielt, städtebauliche Möglichkeiten für einen der attraktivsten Standorte am Rhein aufzuzeigen. Noch wird es dauern, bis alle Bewilligungen vorliegen; falls diese erteilt werden und sich ein Investor findet, ist mit der Fertigstellung des 350–450 Mio.-€-Projekts vor 2020 zu rechnen. Als Zielpublikum haben die Initianten Kaderkräfte der Basler Chemie im Auge.

Elsass

Anbau Museum Unterlinden

Ein dreistöckiger, radikal moderner Anbau von Herzog & de Meuron entsteht zwischen 2011 bis 2013 neben dem Museum Unterlinden in Colmar und wird die Ausstellungsfläche auf 8'000 m² praktisch verdoppeln. Damit bietet sich dem Museum mit dem weltberühmten Isenheimer-Altar die Gelegenheit, auch seine grosse und sehr gute Sammlung moderner Werke auszustellen. Möglicherweise wird der Altar bis dann von diversen Firnisschichten befreit sein. Colmar beteiligt sich mit umgerechnet 12 Mio. CHF an den Baukosten von insgesamt 35 Mio. CHF in der Hoffnung, die Besucherzahl von jährlich stattlichen 250'000 (BZ 4.1.2010) steigere sich auf 500'000.

Zweisprachigkeit

Im Elsass werden seit den 1990er-Jahren in zweisprachigen Primarschulen 19'000 Kinder durch jeweils zwei Lehrpersonen gleichmässig auf Deutsch und Französisch unterrichtet. Dies galt in der Grenzregion bislang aus Sicht der Eltern und der Handelskammer als gute Voraussetzung für den späteren Einstieg in den Arbeitsmarkt der Nachbarländer. Beim Übertritt ins Collège allerdings schmilzt der Anteil des zweisprachigen Unterrichts massiv, womit Deutsch den Status einer stundenmässig weniger stark dotierten Fremdsprache erhält. Nun will mit Schuljahresbeginn 2012 die Strassburger Schulbehörde in der Primarschule den Deutschunterricht um einen Drittel auf 8 Lektionen kürzen und nur noch eine fremdsprachige Lehrperson einsetzen. Von diesem Versuch, der als Vereinfachung des Lernens bezeichnet wird, verspricht sich die Behörde, dass mehr Kinder resp. deren Eltern nunmehr Deutsch als Fremdsprache wählen und sich damit gleichzeitig bei den bisher bilingual geführten Klassen der elitäre Charakter vermindere. Trotz dieses Versuchs solle am Status der Zweisprachigkeit nicht gerüttelt werden.

1946 sprachen laut www.olca.org im Elsass gut 90 % der Menschen Elsässisch, 1960 waren es noch 61 %, heute spricht noch ein Drittel aktiv die Sprache und ebenfalls ein Drittel versteht sie. Dabei liegt der Anteil der Dialektsprechenden im nördlichen Unterelsass nahe der Pfalz höher als im Oberelsass. 2001 sprachen von den Dialektsprechenden 96 % die Mundart in der Familie, 88 % mit gewissen Freunden und lediglich 48 % am Arbeitsplatz. Viel eher wird die Mundart auf dem Land gepflegt, in den Städten Strasbourg, Colmar und Mulhouse kaum mehr, bedingt durch die hohe Zahl von Immigranten. 1997 sprachen regelmässig Elsässisch 86 % der über 60-Jährigen, 77 % der Menschen zwischen 50 und 59, 70 % der 40–49-Jährigen, 60 % der 30–39-Jährigen und 38 % der 18–29-Jährigen. 68 % der Befragten betrachteten das Elsässische als Voraussetzung für den Zugang zum deutschen Geschäftsraum. Bemerkenswerterweise interessieren sich derzeit zunehmend Junge für das Elsässische: Ihre Eltern sprachen mit ihnen Französisch, vielfach können nur noch die

Grosseltern Elsässisch. Zahlreiche Junge der heutigen Elterngeneration beklagen diese Entwicklung. So erging es auch dem Journalisten J. Chr. Meyer aus St. Louis – ihm wurde in der Schule die Mundart „ausgetrieben“. Als junger Erwachsener engagiert er sich in mehreren Vereinen für den Erhalt des Elsässischen, heute setzt er sich wie auch der pensionierte Lehrer Yves Bisch, der 2003 im Collège in Sierentz Elsässisch einführte, unermüdlich dafür ein, dass die Mundart überall sichtbar wird: auf Strassenschildern, in zweisprachigen Anzeigen, auf Verpackungen, auf Fahrzeugen, in der Werbung am Verkaufsort („Mir rede au Elsässisch“). Zudem sollten wieder Lehrpersonen ausgebildet werden – dies fand bisher in einem Seminar bei Guebwiller statt, wurde aber vom Staat jüngst wieder eingestellt.

Mit dem Anschluss des Elsass an Frankreich im 17. Jh. verbreitete sich das Französisch in Amtsstuben, die Bevölkerung sprach jedoch weiterhin Elsässisch. Nach dem Anschluss von Elsass-Lothringen ans Deutsche Reich 1870/71 bis 1918 grenzten sich die Elsässer von den deutschen Beamten durch ihren Dialekt ab. In der erneut französischen Zeit zwischen 1918 und 1940 wurde weiterhin Elsässisch gesprochen, allen Bemühungen des französischen Staats, das Französische durchzusetzen, zum Trotz. Nach dem Einfall Hitlers grenzten sich die Elsässer wiederum von Deutschland ab. Nun galt es als chic, Französisch zu sprechen. Mit dem geistigen Umbruch von 1968 entstand eine Gegenbewegung hin zur Regionalsprache. Trotz heftiger Debatten wurde 1992 in Art. 2 der französischen Verfassung festgehalten, dass die Sprache Frankreichs Französisch sei – demzufolge die einzige offiziell zugelassene. Deshalb bedurfte es immer wieder neuer Anstrengungen, Förderung für den Deutschunterricht zu erhalten.

Fukushima – Fessenheim

Wenige Tag nach der AKW-Katastrophe von Fukushima in Japan vom 11.3.2011 schloss sich die bürgerliche und bis anhin atomfreundliche Baselbieter Regierung einer Erklärung der Basler Regierung zur Schliessung des 1977 in Betrieb genommenen AKW Fessenheim an,

was im Generalrat in Colmar zu "Irritationen" geführt habe. Der Präsident der Communauté de Communes des Trois Frontières stellte denn auch die Frage, ob die Schweiz bereit sei, ihr noch älteres AKW Beznau mit Baujahr 1969 vom Netz zu nehmen. In der Folge der Katastrophe wählte der Canton Huningue laut BZ vom 9.4.2011 einen grünen Vertreter in den Generalrat, damit hat die Bereitschaft zum Widerstand das Elsass erreicht. Bemerkenswerterweise forderte das Stadtparlament der Europastadt Strasbourg als Reaktion auf die AKW-Katastrophe einmütig mit einer Enthaltung die Abschaltung von Fessenheim. Im Regionalrat, dem elsässischen Parlament, wurde der Abschaltungsantrag durch die bürgerlichen Stimmen verhindert. Dem Senator J.-M. Bockel, langjährigem Bürgermeister von Mulhouse, beschied auf seine Anfrage bezüglich der Sicherheit von Fessenheim die französische Umweltministerin, das Werk halte einem Erdbeben von der Stärke 6.7 des Bebens von Basel anno 1356 stand. Am 9.6.2011 wurde die Basler Regierung durch den Grossen Rat mit 49:25 Stimmen beauftragt, bei der Bundesversammlung eine Standesinitiative zwecks Stilllegung des AKWs Fessenheim ein-

zureichen. Am 4.7.2011 entschied die französische Atomaufsichtsbehörde (Autorité de Sûreté Nucléaire – ASN), dem Block 1 von Fessenheim eine Laufzeitverlängerung von 10 Jahren zu gewähren unter der Bedingung, dass zuvor die Sockelplatte des älteren Druckwasserreaktors verstärkt werde, wofür die Betreiberin des AKWs bis Ende 2011 die entsprechende Planung vorlegen müsse. Sachkenner rechnen mit einem Aufwand von 100 Mio. € für die Realisierung allein dieser Sicherheitsmaßnahme. Weiter verlangt die ASN zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen für das Notkühlsystem, das Maschinengebäude, die Abklingbecken und die Auswirkungen eines Erdbebens. Immerhin ist der Präsident des ASN bereit zu überprüfen, ob es auch einem Beben der Stärke 7.2, der gegenwärtig geltenden Einstufung des Basler Bebens, standhalte.

Quellen: Wo nichts anderes vermerkt – Basler Zeitung (BaZ), Basellandschaftliche Zeitung ('bz'); Badische Zeitung (BZ). Die Erscheinungstermine der ausführlichen Grundlagenartikel können beim Autor eingeholt werden.